

Zum anderen gehört zu den im Buch herausgearbeiteten Widersprüchlichkeiten, dass der Anspruch, als sozialistische Gesellschaft alle Bürger/innen zu erreichen, zwar – in den einzelnen Ländern unterschiedlich – relativ breit eingelöst wurde, dass aber bestimmte Bevölkerungsgruppen aus politischen Gründen keinen oder nur eingeschränkten Zugang zu sozialen Rechten hatten. Das betraf z.B. selbständige Bauern und kleine Handwerker (S. 67), die in der Tschechoslowakei Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre von sozialen Zahlungen ausgeschlossen wurden, um ihren Beitritt zu Genossenschaften zu forcieren. Soziale Rechte und Bevorzugungen wurden eingesetzt, um Arbeitskräfteströme zu steuern oder auch andere Ziele des Staates zu erreichen. So wurden innerhalb der bevorzugten Industriearbeiterschaft wiederum bestimmte Gruppen, z.B. im Bergbau, beim Rentenniveau bevorzugt (S. 75). Ein anderes Beispiel ist die pronatalistische Politik, die in den staatssozialistischen Ländern seit Ende der 1960er Jahre betrieben wurde, um den Rückgang der Geburtenraten zu stoppen, was im vorliegenden Band für Bulgarien (vgl. den Beitrag von Anelia Kassabova und Ulf Brunnbauer) gezeigt wird. Die komplizierte Konstellation war auch dadurch gekennzeichnet, dass soziale Rechte mitunter im Austausch gegen eine demokratische Mitwirkung des Volkes (vgl. die Beiträge von Dorottya Szikra sowie Lenka Kalinová) eingesetzt wurden sowie mit Anreizen zu politisch gewolltem Verhalten verknüpft waren, um so ein von der vorgegebenen politischen Richtung abweichendes Verhalten zu verhindern (S. 21).

Vier Beiträge des Bandes beschäftigen sich mit der DDR. U.a. beschreibt Marcel Boldorf, wie das System der Sozialhilfe funktionierte („social welfare in the narrower sense [...] as individual financial support and [...] payments and services to those in need“, S. 79). Er zeichnet gesetzliche Regelungen nach, verweist auf die Rolle von Massenorganisationen wie Volkssolidarität und Demokratischer Frauenbund Deutschlands sowie das Grundverständnis, Sozialhilfe überflüssig zu machen, indem alle Menschen in Erwerbsarbeit einbezogen werden. Ingrid Miethe analysiert, wie in Arbeiter- und Bauernfakultäten bereits in den 1950er Jahren interessante sozialpädagogische Ansätze praktiziert wurden (auch wenn sie aus ideologischen Gründen nicht so genannt werden durften), die sich insbesondere den Lernschwierigkeiten von jungen Menschen aus bildungsfernen Familien zuwandten. Damit hat die DDR anerkanntermaßen zu einem frühen Zeitpunkt soziale Ungleichheit im Bildungssystem verringert.

Bemerkenswert ist die Differenziertheit des Buches. Im umkämpften Terrain der Historiografie über den Staatssozialismus werden hier keine pauschalen Urteile verkündet, sondern soziale Errungenschaften der betreffenden Länder anerkannt, aber ebenso ihre Widersprüchlichkeit und die generellen Defizite in diesem Bereich im Einzelnen benannt. Facette um Facette wird Historisches frei gelegt, auch wenn einige Beiträge in ihrem stark beschreibenden Charakter nur als erste Annäherung an eine umfassende Geschichtsschreibung anzusehen sind.

Düsseldorf

Christina Klenner

Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality, and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955-1989, hrsg. von Arnold Suppan und Wolfgang Mueller. (Europa Orientalis, Bd. 7.) Lit Verlag. Wien u.a. 2009. 536 S. ISBN 978-3-8258-1978-1, 978-3-7000-0935-1. (€ 39,90.)

Österreich war während der ganzen Zeit des Kalten Krieges der geografisch östlichste Staat Westeuropas, und in den USA hielten es viele für ein Land Osteuropas. Seine Hauptstadt lag und liegt auch heute deutlich weiter im Osten als die – damalige – tschechoslowakische Hauptstadt Prag. Mit einer gewissen Sicherheit, sein Gegenüber zu überraschen, und einem wohligen Gruseln wurde so mancher ausländische Politiker oder Tourist auf dieses geografische Faktum hingewiesen. Inner- und außerhalb Österreichs ist man sich in Expertenkreisen bis heute relativ einig, dass das kleine Österreich aus geografischen und politisch-diplomatischen Gründen im zweigeteilten Europa jedenfalls eine nicht unerheb-

liche Sonderstellung einnahm. Die nach langjährigen Verhandlungen mit den vier Besatzungsmächten im Jahr 1955 erzielte Rückkehr zur politischen Unabhängigkeit und die kurz daraufhin aus angeblich freien Stücken verkündete „immerwährende Neutralität“ machten es möglich, dass das kleine Land nicht nur (nach Finnland) der bedeutendste westliche Partner im Außenhandel mit den osteuropäischen Staaten wurde, sondern auch, dass die österreichische Politik nicht selten mehr oder weniger freiwillig in einer Vorreiterrolle und als Eisbrecher in diplomatischen Konflikten fungierte. Wien war schon in den 1960er Jahren Ort der Begegnung global bedeutsamer Treffen, so etwa zwischen den Präsidenten der USA und der UdSSR. Und so nimmt es nicht Wunder, dass man allenthalben von einer Drehscheiben-Funktion Österreichs sprechen konnte.

Jedenfalls konnte Österreich diese Rolle bis in die 1970er Jahre hinein spielen. Als sich aber nach der Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik durch Willy Brandt und Egon Bahr Ost und West einigten, doch eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (Vorverhandlungen in Genf und Abschluss in Helsinki) abhalten zu wollen, als also in Europa so etwas wie eine erste wirkliche Phase der politischen Entspannung Platz greifen konnte, verlor Österreich erstmal ein wenig von seiner Drehscheibenfunktion. Der Historiker und Mitherausgeber des Sammelbands, Wolfgang Mueller, beschreibt diese Entwicklung in dem von ihm zusammen mit Arnold Suppan herausgegebenen Buch sehr deutlich. Er weist, wohl zu Recht, darauf hin, dass man aus heutiger Sicht daher nicht mehr von einer durchgängigen Vorreiterrolle Österreichs in Bezug auf die dem Ostblock zuzurechnenden Staaten während des Kalten Krieges sprechen kann. Eine solche Rolle sei nur teilweise nachvollziehbar.

Bezüglich der besonderen Bedeutung des Osthandels einerseits und der Herstellung diplomatischer Kontakte andererseits führt Mueller aus, dass Österreich seine Sonderstellung erst durch die Übernahme des Status der Immerwährenden Neutralität eingenommen, diese aber eben nur eine bestimmte Zeit bestanden habe. So rangierte Österreich ab Ende der 1950er Jahre unter den ersten fünf bis zehn westlichen Außenhandelspartnern der Sowjetunion, der Anteil des Außenhandels gemessen in Prozent des Bruttonationalprodukts wurde nur von Finnland, das mit seinem Freundschaftsvertrag von 1948 mit der UdSSR eine – heikle – Sonderbeziehung zur östlichen Supermacht einnahm, übertroffen. Davon war jedoch schon bald in den 1970er Jahren nichts mehr zu finden. Andere westeuropäische Staaten hatten intensive Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion aufgenommen, zu diesen zählte zuerst Italien, dann Frankreich, später – als Folge der Entspannungspolitik Willy Brandts – auch Westdeutschland, und auch die USA begannen schließlich im Zuge des Helsinki-Prozesses mit der Sowjetunion Handelsverträge abzuschließen.

Hatte Österreich also im Bereich des Außenhandels eine zumindest zeitlich begrenzte Sonderstellung, so sei in anderen Bereichen die Vorreiterrolle Österreichs sogar tatsächlich über den ganzen Zeitraum des Kalten Krieges erhalten geblieben. Eine eindeutige Bestätigung dieser Rolle liege in Bezug auf Österreichs Fähigkeit zur privilegierten Herstellung offizieller politischer Kontakte vor. So sei der österreichische Außenminister in vielen Fällen der erste westliche Außenminister gewesen, der seinen Amtskollegen in den Ostblockstaaten einen offiziellen Besuch abgestattet habe. Auch nach internationalen Krisen – so nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands durch sowjetische Panzer 1956 oder nach der Niederschlagung des Prager Frühlings in der Tschechoslowakei 1968 – nahm Österreich in beiden Fällen als erster westlicher Staat – übrigens im Falle Ungarns, mit dem Österreich bis heute eine tatsächliche Sonderbeziehung verbindet, auf ausdrückliche Bitte der Sowjets – seine politischen Kontakte bald wieder auf.

Dass Geschichtsbilder und historische Realität zuweilen auseinanderklaffen können, zeigt David Schriffel in seinem Beitrag, der die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei in der Zeit zwischen 1945 und 1968 zum Thema hat. Das Verhältnis zur Slowakei stelle einen blinden Fleck in der Geschichtsforschung dar, da bislang ihr Hauptaugenmerk auf die diplomatischen Kontakte Österreichs zu Prag gerichtet gewesen

und dadurch die Slowakei – trotz ihrer historischen Eigenständigkeit – ins Hintertreffen geraten sei.

Diese Eigenständigkeit habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg auch bei der Unterscheidung zwischen österreichischen Staatsbürgern und Deutschen in ihrer Behandlung bei der Abschiebung und beim Eigentumsentzug gezeigt. So hätten slowakische Politiker ihren österreichischen Kollegen oft (und mehr oder weniger glaubwürdig) versichert, dass sie eng mit Österreich kooperieren wollten und Österreicher natürlich nicht so zu behandeln wären wie Reichs- oder Volksdeutsche. Die Realität war aber dann oft eine durchaus gegenteilige: Es sei gut dokumentierbar, dass die slowakischen Entscheidungsgremien durchaus gegenteilige Entscheidungen getroffen und ausdrücklich bestimmt hätten, dass entgegen Prager Weisungen Österreicher als Deutsche zu behandeln seien. Trotzdem seien die Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei schon bald nach Kriegsende mehr als nur gut nachbarschaftlicher Natur gewesen, und ab Mitte der 1960er bis Anfang der 1970er Jahre ist der Grenzübergang Berg der von westlichen Ausländern am meisten frequentierte Einreiseübergang in die Tschechoslowakei gewesen. Auch die Motive für private Reisen zwischen den Nachbarn veränderten sich umgehend: Mitte der 1950er Jahre stand noch der Besuch von Verwandten im Vordergrund, in der Folge wurden touristische und wirtschaftliche Motive zunehmend wichtiger.

Das vorliegende wissenschaftliche Werk ist auf Englisch erschienen, da es im Rahmen einer internationalen Kooperation zwischen der Stanford University und der Universität Wien entstanden ist. Der Sammelband umfasst zum großen Teil Beiträge der in Österreich als *usual suspects* zu bezeichnenden Autorengruppe von Anton Pelinka bis Hanspeter Neuhold, dazu einige US-amerikanische Kollegen, keine einzige Autorin! Trotzdem ist es nicht nur für Wissenschaftler interessant zu lesen, hat doch die österreichische Historikerkunft bisher – allerdings auch erst in den letzten Jahren – eher der Zeit zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Staatsvertrag besondere Aufmerksamkeit geschenkt und die Zeit danach vernachlässigt. Zwar werden durch den Sammelband sicher nicht alle wichtigen Ereignisse und deren Hintergründe (v.a. die für Österreich weniger schmeichelhaften) in dem von den Beiträgen behandelten Zeitraum erfasst, dennoch vermag das Buch einen guten Überblick über den Stand der Geschichtsforschung zur behandelten Thematik zu verschaffen.

Wien

Otmar Höll

Migration. Hrsg. vom Deutschen Polen-Institut. (Jahrbuch Polen, Bd. 21.) Harrassowitz. Wiesbaden 2010. 223 S., zahlr. s/w-Abb. ISBN 978-3-447-0689-6. (€ 11,80.)

Polen ist ein Auswanderungsland. Seit der großen Ausreisewelle in den Jahren vor und nach der Wende – über eine Million Zuwanderer aus Polen kamen dauerhaft in die Bundesrepublik, Hunderttausende wanderten in andere europäische Länder oder nach Übersee aus – sind inzwischen zwei Jahrzehnte vergangen. Im Zuge der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung Polens und des EU-Beitritts 2004 haben sich die Migrationsstrategien verändert und ausdifferenziert. Die Formen der Migration sind vielfältig; sie reichen von der dauerhaften Niederlassung (seit dem EU-Beitritt in anderen EU-Ländern unproblematisch) über befristete Formen von Arbeitsmigrationen, meist Saisonarbeit, bis hin zu regelmäßigen Pendelmigrationen. Den Arbeitsmigrationen ist gemein, dass es sich überwiegend um Beschäftigungen im Niedriglohnsektor, oft auch um prekäre Beschäftigungsverhältnisse handelt. Der uneingeschränkten Niederlassungsfreiheit seit dem EU-Beitritt steht die eingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit entgegen. Zuletzt haben nur noch Deutschland und Österreich an der siebenjährigen Übergangsfrist festgehalten, die im April 2011 ausläuft. In der Folge wurde im vergangenen Jahrzehnt Großbritannien zum bevorzugten europäischen Zielland. Die Zuwanderungen aus Polen nach Deutschland haben sich in den letzten Jahren abgeschwächt. Mittelfristig steht aufgrund des wachsenden Wohlstands in Polen zu erwarten, dass die Zuwanderungen noch weiter zurückgehen. Einwanderungen